Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

161 (13.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 161 — Mittwoch den 13. Juli 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Reichskabinett ist am Dienstag mittag zu einer Besprechung zusammengetreten, die vor allem den Fragen des Wiederaufbauprogramms gewidmet war.

*

Der Staatssekretär der Reichskanzlei hat gegenüber den Aeußerungen der Jüdischen Telegraphenagentur in einem Schreiben an Professor Sobernheim mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsregierung keinerlei Benachteiligung der Juden beabsichtige.

*

Das Finanzprogramm der französischen Regierung wurde nach starker Abänderung mit 305 gegen 172 Stimmen angenommen.

*

Im englischen Unterhaus fand Dienstag die große Aussprache über das Ergebnis der Lausanner Konferenz statt. Macdonald betonte in seiner großen Rede, daß die Reparationen nun erledigt seien, aber die allgemeine Arbeit fortgesetzt und auf die politischen Fragen ausgedehnt werden müsse, wenn Europa seine wirtschaftlichen und finanziellen Probleme lösen wolle. Deutschland müsse als eine Nation mit Hochachtung angesehen und in den Rahmen der normalen Beziehungen zu den Völkern wieder eingefügt werden. In der Aussprache unterzog Lloyd George das Lausanner Ergebnis einer scharfen Kritik und erklärte, daß die englische Delegation die völlige Streichung der Reparationen hätte durchsetzen können, wenn sie es gewollt hätte. Besonders wandte er sich gegen das sogenannte Gentleman-Abkommen, durch das man erreichen werde, daß mit Amerika nicht über die Streichung, sondern nur über die Herabsetzung der Schulden verhandelt werden würde. Er forderte nachdrücklichVeröffentlichung der Abkommen zwischen England und Frankreich und England und Italien, worauf Macdonald erwiderte, daß von Regierungsseite dagegen keine Einwendung erhoben würden.

*

Das Gesetz über die Abschaffung des Treueides in Irland ist nunmehr endgültig um 18 Monate vertagt worden.

*

Ein Vertreter der deutschnationalen preußischen Landtagsfraktion hat in einer Unterredung mit dem Reichskanzler schärfstes Eingreifen der Reichsregierung in Preußen wegen der immer bedrohlicher gewordenen Bürgerkriegsgefahr gefordert.

Die Arbeiten des Kabinetts

Berlin, 12. Juli. Auch Reichsaußenminister Frhr. v. Neurath ist wieder in Berlin eingetroffen. Er war bekanntlich von Lausanne zunächst nach Genf gefahren, um an der Tagung des Völkerbundsrates teilzunehmen, die die Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten sollte. Diese Tagung ist aber verschoben worden. Am Dienstag fand eine Kabinettssitzung statt, und zwar begann damit die **Beratung des Aufbauprogramms.** Sie wird von den Ministern bis zur Abreise des Kanzlers nach Neudeck fortgeführt und sogleich nach dieser Rückkehr wieder aufgenommen werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Arbeiten des Reichskabinetts so gefördert werden können, daß die noch im Laufe dieses Monats — also vor den Wahlen — die neue Notverordnung mit dem Aufbauprogramm erlassen wird. Die Hauptvorlagen sind bereits ausgearbeitet. Kommen die Dinge in dieser Art vorwärts dann werden die Ministerien bereits im August an die Durchführung der neuen Maßnahmen gehen können. Dabei handelt es sich vor allem um drei große Fragenkomplexe:

1. **Eine Arbeitsdienstpflicht,** die über den Charakter des Freiwilligen Arbeitsdienstes hinausgeht und die sich damit den Auffassungen und Wünschen der Rechten zu diesem Problem stärker nähert;

2. die Heranziehung und Beschäftigung der jugendlichen Arbeitslosen in dem vor einigen Tagen angedeuteten sportlichen Sinne, und

3. die Siedlung, für die jetzt das Reichsernährungsministerium federführend ist.

Aus dem Ganzen ergibt sich, daß auch der Rest des Monats für die Reichsregierung überaus arbeitsreich werden wird. Im August werden der Kanzler und ein Teil der Minister dann zunächst für kurze Zeit in Urlaub gehen können, um sich für die Aufgaben vorzubereiten, die nach dem Zusammentritt des neuen Reichstages von Ende August ab an sie herantreten

Brüning in Breslau

Breslau, 12. Juli. In einer Kundgebung der Niederschlesischen Zentrumspartei sprach Montag abend der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und erklärte, daß der Pakt von Lausanne **auch von der Rechten unter allen Umständen werde angenommen werden müssen.** Daran würden auch die Worte Hitlers in Berchtesgaden nichts ändern, der erklärt habe, daß er in sechs Wochen keine drei Mark mehr bezahlen würde Die Reparationsfrage in dieser Lösung sei nur ein Wegräumen von Schutt, aber noch nicht der Beginn des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, den die ganze Welt brauche. Dr. Brüning wandte sich scharf gegen die terroristische Art des gegenwärtigen Wahlkampfes und fuhr fort, bei der Not des Volkes könne man nicht, wie die Regierungserklärung von einem Wohlfahrtsstaat sprechen, höchstens von einem Wohlfahrtsstaat in den zwei vergangenen Jahren für den größeren Grundbesitz des deutschen Ostens Die Entwürfe für die Siedlungsreform seien von konservativ rechtsstehenden Männern protestantischen Bekenntnisses gemacht worden, die es für notwendig befunden hätten, im Interesse des lebensfähigen Großgrundbesitzes den verhältnismäßig kleinen Teil des Großgrundbesitzes, der nicht mehr lebensfähig war, für die Siedlung bereitzustellen, für die Söhne kleiner armer Bauern im Osten und auch im übrigen Reiche. Wenn die Systemänderung darin bestehen soll, schloß Dr. Brüning, daß eine wechselnde Arbeitsgemeinschaft von Parteien verschiedener Richtungen die Herrschaft einer einzigen Partei überlassen soll, dann rufe er auf zum Kampfe. Denn die Herrschaft einer einzigen Partei würde es in Deutschland nie geben.

Macdonalds Unterhauserklärung

zur Lausanner Konferenz

London, 12. Juli. Premierminister Macdonald gab im Unterhaus seine mit größter Spannung erwartete Erklärung über das Ergebnis der Lausanner Konferenz ab. Schon der Empfang des Premierministers durch die Londoner Bevölkerung am Viktoriabahnhof bei seiner Rückkehr aus Lausanne hatte bewiesen, daß sich Macdonald, dessen Kampf für die Befriedung Europas ihm einen Platz im Herzen des englischen Volkes gesichert hat, auch jetzt durch seine Tätigkeit in Lausanne die Dankbarkeit nicht nur seines Königs, sondern seiner Kollegen und des überwiegenden Teiles des Parlaments, sondern auch des Mannes auf der Straße in weitestem Maße errungen hat. Haus und Tribünen waren dicht besetzt. In der Diplomatenloge war unter anderen zahlreichen ausländischen Missionschefs der deutsche Geschäftsträger Graf Bernstorff anwesend. Schon als Macdonald das Unterhaus betrat, wurden ihm von seinen Anhängern stürmische minutenlange Ovationen dargebracht. Um 3.45 Uhr erhob sich Macdonald und gab, von lautem Beifall der Regierungsanhänger begrüßt, seine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Er erhebe den Anspruch, daß die Lausanner Konferenz und ihre Ergebnisse zu einer Regelung jener Reparationsfragen führen könne, deren Spuren in allen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten zu finden sind, die die Welt seit dem Kriege heimgesucht haben, die nationalen Budgets „verfälscht" haben, in den Mittelpunkt Europas ein Land gestellt haben, dessen Finanzlage eine Bedrohung für die ganze Welt ist, und die dazu beigetragen haben, jede nationale Wirtschaft aus den Fugen zu bringen. Solange Reparationen fortdauerten, könne keine völlige Wirtschaftserholung eintreten. Bevor keine Erholung in Deutschland als einem Weltfaktor stattfinde, kann es keine Erholung für uns geben.

Wo wäre die Welt ohne Lausanne geblieben! Er hoffe, daß die Konferenz den bisherigen Ungewißheiten ein Ende bereitet habe. Auf das Argument Bezug nehmend, die Regierungen hätten auf gewisse Wahlen warten müssen, erklärte der Premierminister, **er sei des Wartens auf Wahlen müde geworden** und machte sich über den Gedanken lustig, daß die Welt bis Ende März auf eine Vereinbarung hätte warten können.

Der Premierminister nahm dann auf das sogenannte **Gentleman Agreement** Bezug und erklärte, **am Freitag vormittag habe öffentlich in Lausanne auf die Frage des Reichskanzlers, ob, wenn dieser Plan fehlschlage, Macdonald für eine Konferenz der Mächte garantieren würde, erklärt: „Dies wird geschehen!" „Aber", fuhr der Premierminister fort, „das Abkommen wird nicht fehlschlagen. Wenn es aber in Gefahr sei, werde die britische Regierung für es eintreten."**

Amerika sei der Ansicht, fuhr Macdonald fort, daß es in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt handeln müsse, den es während der ganzen Zeit eingenommen hat. Obwohl die Vereinigten Staaten niemals eine Zusage gegeben, noch in irgend einer Weise angedeutet hätten, daß sie zu einem Entgegenkommen bereit seien, glaube er doch, daß **keine Nation bereitwilliger die Hand bei der Regelung der Verwicklungen und Schwierigkeiten Europas bieten werde als Amerika und das amerikanische Volk. Der Premierminister bemerkt, daß Lausanne für Amerika kein Ultimatum bedeutet und betont, daß alles was in Lausanne getan wurde, dazu dient, die Schwierigkeiten Europas einzurenken.**

Der Premierminister wies darauf hin, daß **Artikel 1** der Vereinbarung, der **den Reparationen ein Ende setzt,** eine große Tat sei. Die internationale **Wirtschaftskonferenz** sollte seiner Ansicht nach nicht in Genf abgehalten werden. Deutschland müsse zurückgebracht werden in die geregelten internationalen Beziehungen. Er freue sich, mitzuteilen, **daß Lausanne England näher an Frankreich gebracht habe, Frankreich näher an Deutschland, und Deutschland und Frankreich näher an England.** Die britische Regierung werde sicher fortfahren, mitzuwirken, um ihre guten Dienste für den Frieden zu verwenden. Das Werk, das in Lausanne nur begonnen hat, habe neue Wege eröffnet, und er bitte, für das Werk seiner Kollegen und seiner selbst um die herzliche Zustimmung des Hauses.

Deutschland unbeteiligt

Berlin, 12. Juli. Amtlich wird gemeldet: Deutschland hat mit irgendwelchen etwaigen **Abmachungen zwischen England, Frankreich oder anderen Mächten nicht das geringste zu tun, es hat vielmehr von vornherein und während der ganzen Dauer der Konferenz aufs entschiedenste abgelehnt, irgend eine Beziehung zwischen dem Pakt von Lausanne und den interalliierten Schulden gegenüber Amerika herzustellen** oder sich in eine Frontbildung irgend einer Art gegen die Vereinigten Staaten hineinziehen zu lassen. Selbstverständlich hat ein solches Abkommen deshalb auch der deutschen Abordnung nicht vorgelegen.

60 Millionen für freiwilligen Arbeitsdienst

T.U. **Berlin,** 13. Juli. Zu den Beratungen des Reichskabinetts über den freiwilligen Arbeitsdienst erfährt der „Lokalanzeiger" u. a., daß der ursprünglich vom Reichsarbeitsministerium vorgelegte Referentenentwurf in mehreren Punkten vom Kabinett abgeändert worden sei. Im Allgemeinen sei vorgesehen, daß zur körperlichen und geistigen Wiederertüchtigung der Arbeitslosen der freiwillige Arbeitsdienst ausgedehnt werde, aber nur für gemeinnützige Arbeiten, die nicht den freien Arbeitsmarkt beeinträchtigen und nicht auf der Grundlage politischer Organisationen. Das Reich stelle die Mittel zur Verfügung, über die im Referentenentwurf näheres noch nicht ausgeführt sei. Man rechne mit 44 Millionen RM. Dazu sollen noch 16 Millionen RM. Ersparnisse der verschiedenen Organe der Arbeitslosenfürsorge kommen, die gleichfalls für den freiwilligen Arbeitsdienst aufgewendet werden sollen. Es kämen im wesentlichen Personen unter 25 Jahren in Betracht mit einigen Ausnahmen, die auch bei höherem Alter die Teilnehmerschaft am freiwilligen Arbeitsdienst gestatten. Ein Reichskommissar, der dem Reichsarbeitsministerium unterstehe, soll für die Durchführung eingesetzt werden. Es würden entsprechende Unterkommissariate gebildet. Außerdem werde aus den Organisationen ein Beirat geschaffen.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Ueberwachungsausschusses

T.U. **Berlin,** 12. Juli. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages am 22. ds. Mts, steht lediglich die Wahl eines stellvertretenden Ausschußvorsitzenden. Der Antrag auf Abberufung des Vorsitzenden Strasser ist zusammen mit den übrigen dem Ausschuß vorliegenden Anträgen den Mitgliedern des Ausschusses zunächst nur als Material zugeleitet worden. Die Behandlung der Anträge und die weitere Tagesordnung soll der Ausschuß selbst bestimmen.

Vertagung der Abrüstungskonferenz um einige Monate?

T.U. **Genf,** 12. Juli. Die Ausarbeitung der Vertagungsentschließung, die Benesch als Hauptberichterstatter dem Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz vorlegen soll, stößt jetzt auf immer weitere Schwierigkeiten. Die bisherige Absicht, auf der Grundlage des Simon-Vorschlages eine große Entschließung auszuarbeiten, die zusammenfassend die allerdings außerordentlich geringfügigen Ergebnisse der bisherigen Abrüstungsverhandlungen wiedergeben und damit die Vertagung vor der Oeffentlichkeit rechtfertigen sollte, ist bereits aufgegeben, da gegen die einzelnen Punkte dieses Vorschlages von verschiedenen Seiten starker Widerstand geltend gemacht wurde. Es ist daher zurzeit beabsichtigt, den Hauptausschuß Ende dieser oder Anfang nächster Woche zusammentreten zu lassen, um sodann lediglich die Vertagung der Abrüstungskonferenz um einige Monate zu beschließen. Die deutsche Abordnung wird, wie verlautet, dieses Vorgehen auf das Schärfste ablehnen.

Schuldenrevision und Abrüstung

Pressekonferenz in Washington abgesagt.

T.U. **Washington,** 12. Juli. Infolge der Unterhausreden Macdonalds und Chamberlains haben Präsident Hoover und Staatssekretär Stimson die Pressekonferenz am Dienstag abgesagt. In Washingtoner Kreisen ist man trotz der Dementis nicht im Zweifel darüber, daß die amerikanische Regierung laufend über die Lausanner Verhandlungen unterrichtet wurde. Nur durch eine Erklärung Hoovers kann die Angelegenheit aufgeklärt werden.

Inzwischen verfolgen Beamte offiziell die Vorgänge in Genf mit größter Aufmerksamkeit, da die amerikanische Regierung die Frage einer Revision der Kriegsschulden mit der Abrüstungsfrage verquickt. Von hohen Beamten wurde offen erklärt, daß die Zustimmung der europäischen Länder (besonders Frankreich) zu einer substanziellen Abrüstung Gelegenheit bieten werde, die Kriegsschuldenfrage auf der Londoner Konferenz im Herbst aufzurollen.

*

Stimson dementiert.

T.U. **Washington,** 12. Juli. Staatssekretär Stimson erklärte im Weißen Hause wörtlich: „Es haben keine Unterredungen oder Verhandlungen seitens der Regierung der Vereinigten Staaten in Verbindung mit dem Lausanner Abkommen bezüglich der Kriegsschuldenrevision stattgefunden."

Politische Streiflichter

In den Erklärungen, die Herr von Papen im Namen der deutschen Unterhändler vor der in Berlin vertretenen Presse am Montag über das Ergebnis von Lausanne abgab, unterstrich der Kanzler die Selbstverständlichkeit, daß die Entscheidung über die endgültige Regelung der Reparationsfrage oder das Scheitern der Konferenz niemals von innerpolitischen Erwägungen abhängig gemacht werden konnte. Schon die Formulierung dieses Satzes beweist, daß sich die Reichsregierung offenbar über die Schwierigkeiten, denen sie nach Ueberwindung der außenpolitischen Hindernisse nunmehr an der inneren Front begegnet, nicht im unklaren ist. Herr von Papen legte auch im Ton seiner Ausführungen den entschiedenen Willen an den Tag, den Kampf mit diesen Schwierigkeiten aufzunehmen. Ob ihm das — wenigstens für seine Person — gelingt, darüber kann erst der Ausgang des Wahlkampfes vom 31. Juli vollen Aufschluß geben. Einstweilen ergibt sich bei der Auswertung der ersten maßgeblichen Aeußerungen in der deutschen Oeffentlichkeit über Lausanne die paradoxe Tatsache, daß die politischen Gruppen und Parteien, die die stärksten Stützen der Regierung von Papen sein müßten, dem Konferenzkompromiß eindeutig oppositionell gegenüberstehen, während die Parteien des Weimarer Blocks bei aller grundsätzlicher Opposition gegenüber der amtierenden Reichsregierung mit dem erzielten Konferenzergebnis doch im großen und ganzen zufrieden sind. Das Kabinett des Reichskanzlers von Papen ist dadurch in eine sehr bedrängte und sehr gefärdete innerpolitische Lage geraten, denn wenn auch heute und in den nächsten drei Wochen manches, was in den Wahlversammlungen an kritischen oder scharf ablehnenden Aeußerungen über Lausanne fällt, auf Konto Wahlkampf gehen mag, so sind namentlich die Erklärungen von führenden Nationalsozialisten einfach wegen der Bedeutung, die die Partei in den letzten zwei Jahren für unser innerpolitisches Leben gewonnen hat, nicht ausschließlich von dieser Seite her zu bewerten. Die letzten Reden von Hitler und Goebbels, die Haltung der nationalsozialistischen Presse, die gesamte Wahlpropaganda der Nationalsozialistischen Partei lassen keinen Zweifel darüber, daß der Nationalsozialismus das Reichskabinett wenigstens in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht weiter tolerieren will. Herr von Papen hat also an zwei Fronten zu kämpfen, und es geht hierbei nicht nur um das Ergebnis von Lausanne, es geht um den gesamten Aufgabenkreis der Reichsregierung schlechthin. Statt der „nationalen Konzentration", die uns die Regierungserklärung verhieß, droht heute die Gefahr eines erbitterten Kampfes aller gegen alle. Wird Herr von Papen diese Schwierigkeiten meistern?

*

Der „Daily Herald" berichtet in sensationeller Aufmachung über geheime Gentleman-Agrements, die in Lausanne zwischen England, Frankreich und Italien abgeschlossen worden seien. 1. Der Lausanner Vertrag soll von den drei Mächten erst ratifiziert werden, wenn ein Kriegsschuldenabkommen mit Amerika geglückt ist. 2. Keine der drei Mächte soll ein Sonderabkommen mit Washington treffen, das den Interessen der anderen entgegengesetzt ist. 3. England und Frankreich sowie England und Italien werden ihre zwischenstaatlichen Zahlungen bis zur Ratifikation des Lausanner Vertrages gegenseitig stunden.

Das Bekanntwerden des angeblichen Gentleman-Agrements zwischen England und Frankreich hat in Washington große Befürchtungen hervorgerufen, obwohl längst der Verdacht bestand, daß das Lausanner Abkommen nur „mit einer Hintertür" erzielt worden sei. Man stellt fest, daß die Regierung der Vereinigten Staaten niemals bindende Versprechen über eine Revision der Kriegsschulden gemacht habe. Staatssekretär Stimson hat es abgelehnt, zum Gentleman-Agrement zwischen England und Frankreich Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß die amerikanische Regierung keinen Vertreter in Lausanne gehabt und daß niemand berechtigt gewesen sei, im Auftrage der amerikanischen Regierung hinsichtlich irgendeines Gentleman-Agrements zu sprechen. Es werden nun Erklärungen Macdonalds zu diesen Enthüllungen erwartet. Deutscherseits wird amtlich betont, daß davon nichts bekannt ist.

*

Zu den leider unerfüllt gebliebenen politischen Forderungen Deutschlands in Lausanne bemerkt die DAZ.: „Es ist eine beachtliche Tatsache der internationalen Politik, daß England und Italien zum erstenmal in solchem Rahmen für die Streichung der Kriegsschuldlüge und die Wiederherstellung deutscher Wehrhoheit amtlich eingetreten sind. Die kleineren Mächte hätten sich den Forderungen deutscher Ehre gewiß nicht entzogen, ja, es hatte gelegentlich den Anschein, als ob sogar Herr Herriot der Stimme der Gerechtigkeit Gehör schenken werde. Aber in dem französischen Ministerpräsidenten errang schließlich seine innerpolitische Abhängigkeit den Sieg über die bessere Ueberzeugung und es kam zu seinem sturen: „Ich will nicht". Freilich, es wäre denkbar gewesen, daß Herr Herriot für die Beendigung der Tribute von sich aus Zugeständnisse Deutschlands auf politischem Gebiete verlangt hätte. Der „Gottesfrieden", den Macdonald ihm in Paris vorgeschlagen hatte, fand indes den Beifall der französischen Regierung nicht. Die Gründe sind noch ungeklärt. Sollen wir annehmen, daß der geringe Wert schriftlicher Friedensbeteuerungen auch in den Amtsstuben des Quai d'Orsay erkannt worden ist, nachdem nicht nur durch die Völkerbundssatzung, sondern durch einen zusätzlichen Vertrag, den Kellogg-Pakt, sogar die theoretische Abschaffung des Krieges (mit Hintertüren) verkündet wurde? Wie dem auch sei: die französische Regierung hat ihrerseits politische Forderungen besonderer Art nicht gestellt, und nur in Erfüllung der politischen Wünsche Deutschlands verweigert. Wir führen das nicht zu ihrem Ruhme an, sondern als ein immerhin bemerkenswertes Novum in der Geschichte der Konferenzen."

*

Die Frage der Ratifizierung des Lausanner Vertrags durch den Reichstag ist bereits auch schon erörtert worden. Es kam in den Berliner Meldungen zum Ausdruck, daß dies auch durch Notverordnung geschehen könne. Die Frage selbst wird erst aktuell nach den Reichstagswahlen. Bemerkenswert ist es immerhin, was das „Hamburger Fremdenblatt" dazu schreibt:

„Daß aber überhaupt im Augenblick die Mitwirkung des Reichstages nötig ist, um den Lausanner Vertrag völkerrechtlich zu machen, scheint uns noch nicht ausgemacht. Denn einstweilen herrscht vor der Begebung der Anleihe durch die BIZ. noch eine dreijährige vollkommene Zahlungspause. Und da die Reparationen in dem neuen, durch Artikel 48 vor kurzem in Kraft gesetzten Reichsetat für 1932 schon nicht mehr enthalten sind, so ist es immerhin fraglich, ob die parlamentarische Mitwirkung des Reichstages bei der Aktion der Streichung der Reparationen schon heute unerläßlich ist (daß sie, außenpolitisch gesehen, nützlich wäre, darüber besteht natürlich kein Zweifel). Etwas anders läge der Tatbestand, wenn die deutsche Delegation jenen Vertrag mit heimgebracht hätte, der nach ihrem Willen die ausdrückliche Streichung des ganzen Abschnittes 8 des Versailler Vertrages aussprechen sollte. Dann hätte man rechtlich folgern dürfen, daß es sich um einen Abänderungsvertrag zum Friedensvertrag gehandelt hätte, und für diesen Fall sieht Artikel 45, Absatz 2 der Reichsverfassung ausdrücklich die Mitwirkung des Reichstages vor, die dann wohl auch einmütig zu haben gewesen wäre. Nun aber kann es sein, daß der politische Mißerfolg der deutschen Delegation in Lausanne das Reichskabinett vor der Notwendigkeit bewahrt, sich mit einem zwar neugewählten, parlamentarisch aber nicht arbeitsfähigen Reichstag über die notwendigen Konsequenzen aus dem neuen Vertrag auseinanderzusetzen."

Fieseler wieder deutscher Kunstflugmeister.

Gerhard Fieseler, dem im letzten Jahr der Titel eines deutschen Kunstflugmeisters durch Gert Achgelis entrissen worden war, konnte sich jetzt in Breslau den Titel wieder zurückerkämpfen.

Wovon man spricht

Schließung der Berliner Universität

Berlin, 12. Juli. Der Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität hat die Schließung der Universität angeordnet, weil seit den frühen Morgenstunden unter der Studentenschaft sich eine so starke Erregung bemerkbar machte, so daß Tumulte befürchtet werden. Die Unruhe in der Studentenschaft hat ihren Grund darin, daß von einer Anzahl von Kränzen, die am letzten Sonntag bei der Langemarckfeier am Gefallenen-Ehrenmal niedergelegt waren, von unbekannter Hand die Schleifen abgerissen waren.

Schwere Schlägerei im Kasseler Stadtparlament

Kassel, 12. Juli. Im Verlaufe einer politischen Debatte im Stadtparlament nannte der Stadtverordnete Freisler von der NSDAP. den sozialdemokratischen Abgeordneten Wittrock einen „begnadigten Zuchthäusler", was der deutschnationale Vorsteher nicht rügte. Plötzlich drang die gesamte sozialdemokratische Fraktion auf Freisler ein, umringte ihn und schlug auf ihn ein. Als ein nationalsozialistischer Stadtverordneter seinem Fraktionskollegen zu Hilfe kommen wollte, wurde auch er von den Sozialdemokraten mißhandelt, ebenso der Berichterstatter der nationalsozialistischen „Hessischen Volkswacht". Nur das Dazwischentreten anderer Stadtverordneter verhinderte das Schlimmste.

Ausschreitungen in Hagen

Hagen, 12. Juli. Nach einer Kundgebung der Nationalsozialisten auf der Kuhweide wurden die geschlossen abmarschierenden Teilnehmer und die sie begleitende Polizei **beschossen.** Auch im Süden der Stadt kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen ebenfalls geschossen wurde. Die Polizei erwiderte das Feuer. Insgesamt wurden etwa **zwanzig Personen verletzt.** Dreizehn Personen wurden festgenommen.

Ueberfall polnischer Schützen auf eine deutsche Schule

Konitz, 12. Juli. Als im Anschluß an ein Kinderfest der deutschen Schule in dem überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzdorf Blumfeld (Kreis Konitz) in den Schulräumen eine Feier stattfand, drangen in den späten Abendstunden plötzlich mehrere Angehörige des Polnischen Schützenverbandes ein und trafen die Anwesenden mit Messern an. Vier Personen wurden dabei verletzt, eine davon schwer. Die gesamte Einrichtung und die Fensterscheiben der Schule wurden von den Friedensstörern zertrümmert.

7. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sinnend hörte Ruchard ihr zu, dann und wann stellte er eine Frage oder schüttelte leicht den Kopf oder nickte verstehend. Merkwürdig, höchst merkwürdig dünkte ihm diese Geschichte. Wie schützend legte er den Arm um ihre Schulter, nachdem sie geendet hatte.

„Hören Sie mal zu, liebes Kind, ich glaube auch, Sie machen sich wirklich unnötigerweise Gedanken. Sie wissen doch, wie das mit so einem Automobil ist, selbst wenn es noch so zuverlässig, eine Panne ist nie ausgeschlossen. Außerdem bleibt fraglich, ob er diesen Wemblin in seiner Berliner Wohnung angetroffen hat. Möglicherweise ist der noch gar nicht dort und Lauffenberg weicht nicht eher vom Platz, bis er ihn gesprochen hat. Es kann auch sein, daß Lauffenberg schon auf dem Wege hierher ist. Wir wollen doch mal in seiner Wohnung anläuten, vielleicht kann uns seine Wirtin Auskunft geben."

In Edith war eine kleine Hoffnung rege geworden, die jedoch mehr dem Zuspruch Ruchards als ihrer eigenen Ueberzeugung entsprang. Sie gingen zum Fernsprecher, Werners Wirtin meldete sich und antwortete, daß sie ganz ununterrichtet sei, bis zum Augenblick sei er jedenfalls nicht zurückgekehrt.

„Es wird schon so sein, wie ich vermute, entweder hat er Panne gehabt oder wartet noch immer auf Wemblin. Lassen Sie nur den Kopf nicht hängen. Ich werde an der Kontrolle Bescheid sagen, damit man ihn gleich an unseren Tisch schickt und er nicht lange zu suchen braucht. Und Sie kommen jetzt mit mir, denn allein lasse ich Sie nicht."

Er mußte ihr noch ein Weilchen gut zureden, ehe sie sich bewegen ließ, ihm zu folgen.

An Ruchards Tisch war man ziemlich aufgeräumt. Der schnurrenreiche Leuchtenstern, der ausgezeichnet pointiert zu erzählen verstand, hatte seine Witzkiste aufgemacht und verursachte wahre Heiterkeitsausbrüche; manches was er brachte, waren zwar alte Sachen auf neu gebügelt, aber das störte niemand.

Zuerst fand sich Edith in dem fröhlichen Kreise ihrer Redaktionskollegen gar nicht zurecht, dann wurde sie wider Willen ein Weilchen mitgerissen, doch bald bekam die Sorge um Werners Ausbleiben wieder in ihr die Oberhand.

Noch einmal fragte sie telephonisch in seiner Wohnung an. Dieses Mal bekam sie überhaupt keine Antwort, es war ja nach Mitternacht.

Sie kehrte an den Tisch zurück, aber nur, um sich zu verabschieden.

Ruchard erbot sich, sie in seinem Wagen nach Hause zu bringen, doch sie lehnte dankend ab.

„Wenn Sie schon allein sein wollen, dann benutzen Sie wenigstens meinen Wagen," sagte er, „denn ich komme unter ein paar Stunden doch nicht hier fort, und dem Chauffeur ist es nur angenehm, wenn er etwas zu tun bekommt."

Dieses Anerbieten nahm Edith gern an. Sie lehnte sich tief in das weiche Polster und starrte blicklos zum Fenster hinaus.

Angelangt, stieg sie langsam Stufe um Stufe, als schleppe sie ein Bleigewicht an den Füßen, die Treppe hinauf.

Nein, sie konnte und konnte nicht verstehen, daß Werner sie ohne jede Nachricht ließ. Er mußte sich doch sagen, daß er sie mit seinem Schweigen in Angst versetzte, sie sich die schlimmsten Gedanken machen müsse. Ach, wenn sie nur eine Möglichkeit gesehen hätte, sich Gewißheit zu verschaffen! Aber es gab keine, sie mußte warten bis zum Morgen.

Trotz der Tablette, die sie vorsorglich nahm, wurde es eine schlimme Nacht. Beängstigende Träume raubten ihr die so notwendige Ruhe.

Wie zerschlagen erhob sie sich. Das Morgenbad brachte ihr wenigstens Erfrischung und der extra starke Kaffee, den sie sich bestellte, tat ein übriges.

Wie taas zuvor stand sie an der Haltestelle und wartete auf den Omnibus, hoffend, Werner werde darin sitzen. Er saß weder im Omnibus, noch war er in seinem Redaktionszimmer, das sie sofort betrat. Ihre letzte Hoffnung war, eine kurze schriftliche Benachrichtigung auf ihrem Schreibtisch vorzufinden, auch diese erfüllte sich nicht.

Also blieb nur eine neue telephonische Anfrage in seiner Wohnung übrig. Eine ihr fremde männliche Stimme nannte ordnungsgemäß Werners Telephonnummer.

„Verzeihen Sie, mein Herr, aber bin ich denn wirklich mit Lauffenberg verbunden?"

„Gewiß, mein Fräulein, was wünschen Sie denn?"

„Ich möchte Herrn Lauffenberg sprechen."

„Wollen Sie mir bitte Ihren Namen sagen."

„Oldenroth. Ich bin die Braut von Herrn Lauffenberg."

„Ah, soso. Ja, Herr Lauffenberg ist leider nicht im Zimmer."

„Mit wem spreche ich denn eigentlich?"

„Ich bin ein Besucher und warte auf ihn."

„Er ist noch bei der Morgentoilette, wenn ich Sie recht verstehe. Sagen Sie ihm doch bitte, er möchte mich gleich anrufen, hier auf der Redaktion."

„Ich werde es gern ausrichten, Fräulein Oldenroth."

Er war zu Haus und hielt es nicht für nötig, sie zu benachrichtigen! Gestern abend nicht und jetzt nicht!

Der tägliche Posteingang wurde ihr gebracht, mechanisch befaßte sie sich damit, öffnete Briefe und Manuskriptsendungen, las und ordnete und handelte doch vollkommen traumhaft. Ihre Gedanken kreisten einzig um die Frage, wie sie das seltsame Verhalten Werners zu deuten habe.

„Morgen, liebes Fräulein Oldenroth!"

Ruchard war eingetreten und reichte ihr die Hand.

„Haben Sie schon Nachricht?" fragte er.

Es entging ihr wohl nicht, aber sie dachte sich nichts Besonderes dabei, wie forschend er sie ansah.

„Ich habe vorhin bei ihm angeläutet, ein Besucher, der auf ihn wartete, meldete sich. Er befand sich wohl noch bei der Toilette und ich habe gebeten, ihm zu sagen, er solle mich doch sogleich anläuten, es ist aber nicht geschehen, wahrscheinlich hat es der Herr vergessen."

(Fortsetzung folgt.)